CDU-Fraktion im Rat der Stadt Hennef



CDU-Fraktion, Rathaus, 53773 Hennef

Herrn

Bürgermeister Klaus Pipk

Rathaus

53773 Hennef

- mm husshu hill.

Vorsitzender Ralf Offergeld Geschäftsführer Theo Walterscheid CDU-Fraktionsbüro Rathaus Frankfurter Straße 97 53773 Hennef Postfach 1123 53758 Hennef Telefon (02242) 888-297 Telefax (02242) 888-296 cdu@hennef.de

www.hennefpartei.de

Hennef, den 03.01.2007

Resolution Ortsumgehung Uckerath

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

im Nachgang zur Bürgerinformation zur Ortsumgehung Uckerath am 14.12.2006 möchten wir Sie bitten, dem Rat die nachfolgende Resolution, an das Bundes- und das Landesverkehrsministerium, zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen. Dabei soll auch eine Eingabe an die zuständigen Landtags-, Bundestags- und Europaabgeordneten gemacht werden sowie den RP und den Landrat.

Begründung:

Die Bürgerinformation hat gezeigt, dass die Menschen in Uckerath eine sinnvolle Ortsumgehung wünschen, die eine wirkliche Entlastung bringt. Die vom Landesbetrieb vorgeschlagene Variante 4m schafft keine echte Entlastung. Daher ist es dringend erforderlich, mit den Entscheidungsträgern, auch ggfls. durch Termine vor Ort, nach großräumigeren Lösungen zu streben.

Danke für Ihre Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen

ger . E. Klinchof Kaller Elisabeth Keuenhof

Hans-Peter Höhner

Thomas Wallau

Resolution zur Ortsumgehung Uckerath

Der Bundesverkehrswegeplan sieht eine Ortsumgehung für Uckerath vor.

Der Ortsteil Uckerath umfasst sowohl den südöstlichen Teil als auch des westlichen ("Bierth").

Im Rahmen der vom Landesbetrieb Straßenbau NW, Niederlassung Bonn (LBS) durchgeführten UVS konnte nachgewiesen werden, dass diese Umgehung einen effektiven Entlastungsgrad für die Ortsdurchfahrt hat. Wegen der hohen Bewertung der naturräumlichen Gegebenheiten wurden verschiedene weitere Varianten untersucht.

Sämtliche effektiven Umgehungen Uckeraths scheiterten in der Bewertung an den (rechtlichen) Rahmenbedingungen hinsichtlich ihrer ohne Zweifel gravierenden Umweltauswirkungen.

Die nun vorgeschlagene Variante 4m ist eine Teilumgehung des südwestlichen Teils von Uckerath. Im östlichen Bereich wird nichts an der bestehenden unerträglichen Situation verbessert.

Da die Trassenführung darüber hinaus sehr ortsnah erfolgt, sind erstmalige Beeinträchtigungen der dortigen Wohnbebauung zu erwarten, die durch erhebliche baulichen Aufwendungen zum Lärmschutz bzw. zur Trassenführung (Tunnel oder Einschnitte) allenfalls gemindert werden können.

Die bei einer Bundesstraße erforderliche Betrachtung der weiträumigen Entwicklung zeigt, dass im Bereich des Landes Rheinland-Pfalz bis nach Hessen seit Jahren große Anstrengungen unternommen werden, um zusätzliche gewerbliche Flächen zu aktivieren und die Anbindung über die Bundesstraße B8 an das Autobahnnetz durch den Bau von Ortsumgehungen und Spurerweiterungen an den Steigungsstrecken zu optimieren. Hier wurden bereits zahlreiche Maßnahmen und Projekte realisiert. Weitere sind in Planung. In der Konsequenz wird der Verkehr und insbesondere der ohnehin bereits unerträglich hohe Anteil an LKW-Verkehr weiter überdurchschnittlich steigen.

Nach sorgfältiger Prüfung und breiter Diskussion in und außerhalb ihrer Gremien kommt die Stadt Hennef zu der Bewertung, dass die vorgeschlagene Variante 4m am Ziel einer Ortsumgehung Uckerath (natürlich ganz Uckerath) vorbei geht und weder die verkehrlichen Probleme noch die Belastung der Bürgerinnen und Bürger in Uckerath im gebotenen Umfang löst. Insoweit hat die Studie offen gelegt, dass die vorgeschlagenen Varianten keine Alternativen zu einer sinnvollen Umgehung für den Ortsteil Uckerath sind und daher nach hiesiger Auffassung eine Ausnahmeregelung für die Schutzbestimmungen des im Norden betroffenen FFH-Gebiets für eine komplette Umgehung Uckeraths geboten ist.

Die Stadt Hennef fordert daher die Planung und Realisierung einer wirklichen Ortsumgehung.

Sie muss Uckerath insgesamt und möglichst ortsfern umgehen. Dabei soll auch die überörtliche Einbindung in das Bundesfernstraßennetz länderübergreifend durch ein sinnvollen Gesamtkonzept gewährleistet werden. Ein großzügiger Ausbau der B8 in Rheinland-Pfalz und eine halbherzige Lösung am Ende der Strecke im Nadelöhr Uckerath, wo alle Verkehre zusammenlaufen macht keinen Sinn!

Wir fordern die Bundes- und Landesministerien auf, hier schnellstmöglich für eine konsequente Lösung im Interesse aller zu sorgen. Scheinlösungen bringen uns nicht weiter.